

Resolution zu Südafrika

auf dem 17. Deutschen Ev. Kirchentag, Berlin, Juni 1977

1. Die Lage der schwarzen Arbeiter Südafrikas ist von uns auf dem 17. Deutschen Ev. Kirchentag mit tiefer Betroffenheit zur Kenntnis genommen worden:
 - Schwarze Arbeiter werden nur als beliebig austauschbare, durch viele diskriminierende Gesetze reglementierte, ihrer menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Rechte beraubte Arbeitseinheiten verbraucht.
 - Schwarze Arbeiter werden auf dem Niveau ungebildeter Niedriglohneempfänger festgehalten, deren Lage sich von Jahr zu Jahr verschlechtert.
 - Gewerkschaftliche Organisationen der schwarzen Arbeiter wie auch die politischen Organisationen der schwarzen Bevölkerung insgesamt werden durch administrative und politische Gewalt der Minderheitsregierung bekämpft.
2. Die westlichen Industrieländer, vor allem auch die westdeutsche Wirtschaft, waren und sind Nutznießer der Apartheid; durch Kredite an den südafrikanischen Staat und staatliche Gesellschaften, durch ausgedehnte Handelsbeziehungen und Investitionen stärken sie das Unrechtssystem.

Der Rat der EKD hat in der Vergangenheit versucht, mit Vertretern von deutschen in Südafrika tätigen Firmen über die Verbesserung der Lage der schwarzen Arbeiter in Südafrika zu verhandeln; dabei sind keine greifbaren Ergebnisse erzielt worden.
3. Die blutige Niederschlagung der Volksaufstände seit Soweto 1976, die Unterdrückung aller Selbstbefreiungsversuche schwarzer Bewegungen zeigen die Ausweglosigkeit, ja Gefährlichkeit von Reformbemühungen.

Angesichts dieser zunehmenden Konfrontation zwischen weißer und schwarzer Macht bedeutet jeder Dialog und jede Kooperation mit der weißen Konfliktpartei einen Beitrag zum Unfrieden im südlichen Afrika.

Daher betrachten wir die folgenden Forderungen als Mindestmaßnahmen zur Gewinnung des Friedens und zur Herstellung von Gerechtigkeit und Freiheit in Südafrika:

 - Wir fordern die Bundesregierung zur Beendigung jeder militärischen, technisch-wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Unterstützung Südafrikas auf.
 - Wir fordern den Rat der EKD und die Leitungen der Mitgliedskirchen der EKD auf, ihre bisherige Haltung zu Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika in diesem Sinne zu revidieren.
 - Wir fordern die politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen in der BRD auf, die für die Befreiung der südafrikanischen Gesellschaft wirkenden schwarzen Bewußtseins- und Gewerkschaftsbewegungen anzuerkennen und zu unterstützen.
 - Wir fordern die deutschen in Südafrika tätigen Firmen auf, die schwarzen Gewerkschaften als Sozial- und Tarifpartner anzuerkennen.
 - Wir fordern den Rat der EKD und die einzelnen Kirchenleitungen auf, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Befreiungsbewegungen Hilfsprogramme für politische Flüchtlinge aus Südafrika, Namibia und Zimbawwe zu verwirklichen.
 - Wir fordern die Bundesregierung auf, den Südafrikanern, die aus Gewissensgründen sich dem Dienst in der südafrikanischen Armee durch die Flucht entziehen, als politische Flüchtlinge Asylrecht zu gewähren.

>> [Redebeiträge und Kurzreferate](#)